

nehmigen, die Ausgaben mit 7 704 588 Mark, darunter 1630 Mark künftig wegfallend, zu bewilligen und die Vorbehalte zu einzelnen Titeln zu genehmigen.

Das Kapitel wurde hierauf einstimmig und ohne weitere Debatte genehmigt.

Geb. Kommerzienrat Dr. Reinecker-Chemnitz berichtete nunmehr über Titel 22 des außerordentlichen Etats für 1916/17 betr. die Verbesserung der Güterverkehrsanlagen in Dresden-Altfeld (zweite Rate).

Titel 22 wurde genehmigt.

Weiter bewilligte die Kammer noch in Uebereinstimmung mit der Zweiten Kammer 600 000 Mark als vierte Rate für die Erweiterung des Bahnhofes Ebersbach, 700 000 Mark für den zweigleisigen Ausbau der Strecke Ebersbach-Neusalza-Spremberg als erste Rate und 120 000 Mark als erste Rate für die Erweiterung des Bahnhofes Lobstädt.

Einige Petitionen wurden noch erledigt.

Nächste Sitzung: 23. März.

Zweite Kammer

Dresden, 16. März.

Die Zweite Kammer hielt heute mittags 1/2 12 Uhr in Gegenwart des Ministerialdirektors Geh. Rates Dr. Kumpelt und mehrerer Regierungskommissare ihre 35. öffentliche Sitzung ab.

Auf der Tagesordnung stand der Antrag Castan und Geroffen um Aufhebung der Umsatzsteuer und mehrere Petitionen.

Vizepräsident Frähdorf (Soz.) berichtete namens der Rechenschaftsdeputation über den Antrag Castan betr. die Aufhebung der Umsatzsteuer.

Die Kammer nahm den Antrag gegen 19 Stimmen der Konservativen an.

Abg. Dr. Roth referierte namens der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Beschwerde bez. Petition des Hermann Müller in Burkensdorf, die Beanstandung der Gemeinderatswahl in Burkensdorf und die Nichterhaltung von Kosten im Verwaltungsgerichtsverfahren betreffend. Sein Antrag ging dahin, die Beschwerde auf sich beruhen zu lassen, die Petition aber der königlichen Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen.

Nach kurzer Debatte wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Abg. Wilde (Soz.) berichtete über die Petition der früheren Gebamme Marie Auguste Weise in Aue (Erzgeb.) betr. die Gewährung einer Unterstützung. Er beantragte, die Petition der königlichen Staatsregierung in dem Sinne zur Kenntnisnahme zu überweisen, daß der Petentin im Falle ihrer Bedürftigkeit aus Staatsmitteln eine Unterstützung gewährt werde.

Auch hier beschloß die Kammer gegen 14 Stimmen der Konservativen demgemäß.

Abg. Donath (Konf.) referierte im Namen der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Petition des Vereins der Hausbesitzer in Blauen i. V., die Einrichtung einer staatlichen Mietverlustversicherung betreffend. Er beantragte, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Einstimmig und ohne Debatte beschloß die Kammer demgemäß.

Abg. Friedrich (Konf.) berichtete über die Petition des Vorstandes des Bundes deutscher Tabakgegner in Dresden gegen die Ausbreitung des Tabakverbrauchs. Seiner Antrag, die Petition auf sich beruhen zu lassen, wurde einstimmig entsprochen.

Abg. Dr. Höpfel referierte noch über die Petition des Gutsbesizers P. Winkler in Freiberg um Gewährung einer Staatsbeihilfe zur Herstellung eines Weges von Linda nach Freiberg. Sein Antrag ging dahin, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Auch hier beschloß die Kammer einstimmig und debattelos demgemäß.

Nächste Sitzung: Montag nachmittag 1/2 6 Uhr. Tagesordnung: Rechenschaftskapitel.

Dresden, 16. März. Der Finanzausschuß A der Zweiten Kammer hat sich in seiner letzten Sitzung abermals mit der Frage der Einkommensteuerauslässe für 1917 beschäftigt. Auf Grund eines von den Konservativen wie von den Sozialdemokraten gestellten Antrages, die Einkommen bis zu 200 Mark freizustellen, wurden die Verhandlungen zu Ende geführt mit dem Ergebnis, daß sich die Regierung einverstanden erklärte unter der Voraussetzung, daß der hierdurch entstehende Steuerausfall derart gedeckt wird, daß bei den Einkommen über 50 000 Mark die 25 Prozent Zuschlag um 5 Prozent auf 30 Prozent erhöht werden. Dieser Antrag wurde von dem Finanzausschuß A gegen eine Stimme angenommen.

Die Nationalliberalen hatten einen Ergänzungsantrag gestellt, daß Steuerzahler mit bis 5800 Mark steuerpflichtigem Einkommen von dem Steuerzuschlag befreit sein sollen, wenn ihnen für 3 oder mehr Kinder, auch über 14 Jahre hinaus, gesetzlich deren Lebensunterhalt obliegt. Dieser Antrag wurde gleichfalls einstimmig angenommen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 16. März.

Das Haus und die Tribünen sind gut besetzt. Am Tisch des Bundesrates Dr. Helfferich, Bischof, Reiske, Wahnshaffe.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Minuten.

Erste Lesung des Haushaltsplans für 1916 und der Kriegsteuervorlagen.

Reichssekretär Dr. Helfferich: Meine Herren!

Die neue Tagung gilt vor allem der Beratung des Haushalts. Zum zweiten Male habe ich einen Haushaltsetat vorzulegen, dem der Krieg das Gepräge gibt. Aber während vor einem Jahre größere sachliche Meinungsverschiedenheiten kaum hervortreten konnten, sind diesmal mit dem Haushaltsetat Fragen von großer sachlicher Bedeutung verbunden, über die die Meinungen allerdings auseinandergehen können. Wie im Vorjahr, so müssen wir auch diesmal im allgemeinen darauf verzichten, eine auch nur einigermaßen zuverlässige Veranlagung der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Zweige der Reichswirtschaft vorzulegen. Wie im Vorjahre haben wir geglaubt, die äußerste Sparjamkeit bei der Aufstellung des Etats wahren zu lassen. Bei den fortwährenden Ausgaben haben wir von der Schaffung irgendwelcher neuen Beamtenstellen abgesehen. Alles Geld und alle Arbeit wird auf die Kriegsbedürfnisse vereinigt. Für die Kriegsführung finden Sie in den neuen Etats keine Forderung. Der Kriegskredit, den Sie im Dezember bewilligt haben, wird noch für einige Zeit vorbehalten. Seine eigentliche Bedeutung hat der Etat durch die Ziffern für den Dienst der Reichsschuld. Zinsen und Tilgung figurieren dieses Mal mit 2303 Millionen Mark gegen 1268 Millionen im Vorjahr und 270 Millionen im letzten Friedensjahre. Hier kündigt sich mitten im Krieg eines der größten staatswirtschaftlichen Probleme an, die wir im Frieden zu lösen haben werden, ein Problem, dem wir nicht genug unsere Aufmerksamkeit und Sorge widmen können. Der Reichssekretär wendet sich dann den weiteren Teilen des Haushaltsplanes zu. Insgesamt würden die Einnahmen des ordentlichen Etats ohne Erhöhung neuer Quellen ein Weniger von 344 Millionen Mark ergeben und ein Mehr von Ausgaben in Höhe von 136 Millionen Mark. Es ergibt sich also ein Fehlbetrag von 480 Millionen Mark. Für diesen Fehlbetrag schlagen die verbündeten Regierungen als Deckung die neuen Kriegsteuern vor. Damit ist der Etat formell ins Gleichgewicht gebracht, aber auch nur formell. Zur Deckung des Fehlbetrages haben wir, um nach Möglichkeit auch auf das materielle Gleichgewicht hinzuwirken, ein Kapitel der Einnahmen aus der Kriegsgewinnsteuer eingeseht. Auf dieses Kapitel sollen die im Jahre 1916 bereits eingehenden Erträge der Kriegsgewinnsteuer kommen, soweit sie zur Deckung dieses Fehlbetrages erforderlich sind. Der solide Aufbau unserer Finanzverwaltung, der sich bisher allen Anforderungen des Krieges gewachsen gezeigt hat, darf nicht in ernstliche Gefahr gebracht werden. Diese Gefahr auszuschließen, ist der Zweck der neuen Steuervorlagen, und dieser Zweck umschließt ihre Begründung und Begrenzung. Weiter gehen unsere Absichten nicht. Weiter würden die neuen Steuern auch gar nicht reichen. Ich bin weit davon entfernt, sie als etwas besonders Schönes und Verdienstliches hinzustellen. Aber wenn Sie die neuen Steuern darauf hin prüfen, ob sie nicht doch vielleicht notwendig Uebel sind, dann wird es Ihnen vielleicht gelingen, sich mit den neuen Steuern, wenn auch nicht zu befremden, so doch abzufinden. Zunächst bitte ich im Auge zu behalten, daß die neuen Steuern Notbehelfe für die Zeit des Krieges und des Ueberganges in die geordnete Friedenswirtschaft sind und ihr natürliches Ende in der Neuordnung der Reichsfinanzen finden, die eine der ersten und wichtigsten Friedensaufgaben sein wird, die aber zu ihrer Lösung zweifellos Zeit verlangt. Der Reichstag wird also in die Lage kommen, die neuen Steuern in absehbarer Zeit einer ergänzenden Revision zu unterziehen. In der Erfüllung der Notwendigkeiten beschränke ich unsere Vorschläge auf das Mindestmaß des Vertretbaren. Mögen wir unsere Hoffnungen auf einen auch finanziell günstigen Friedensschluß noch so hoch spannen — diese Hoffnungen halten wir aufrecht —, es bleibt trotzdem bestehen, daß unter allen Umständen eine erhebliche Steigerung der Reichseinnahmen nötig sein wird. Der Krieg stellt nicht nur an das Reich, das die Hauptlast trägt, sondern auch an Einzelstaaten, Kommunen, Kommunalverbände große finanzielle Anforderungen, die nur zum Teil durch Inanspruchnahme bankmäßigen Kredits abseits des öffentlichen Anleihemarktes getilgt werden können. Der Krieg ist ein heiliger Vorkrieg. Er verlangt, daß für das Reich neue Einnahmen geschaffen werden, und zwar volle und ausgiebige. Es können nicht alle Pferde aus derselben Krippe speisen. In Rücksicht auf Erhaltung der finanziellen Existenz der Einzelstaaten und Kommunen kommt deshalb nach der bestimmten Auffassung der verbündeten Regierungen für die steuerlichen Kriegsmassnahmen als direkte Reichsteuer nur die Kriegsgewinnsteuer in Frage. Vor allem werden wir uns von dem Grundjah leiten lassen müssen: Steuern auf die notwendigen Lebensbedürfnisse sollten von vornherein ausgeschlossen sein. Das habe ich schon im Dezember v. J. in Aussicht gestellt. Ich glaube, daß unsere Steuervorlagen diese Forderung wahr gemacht haben. Trotzdem haben wir, und das kann nicht genug unterstrichen werden, die niedrigsten Brotpreise, die niedrigsten Kartoffel- und Zuckerpriese. Wenn wir in den Preisen dieser wichtigsten Nahrungsmittel etwas an unseren Gegnern voraus haben, so ist das ein wichtiges Moment für die Beurteilung der neuen Steuern, die durch die Steuervorlagen kommen sollen. Von allen unentbehrlichen Genußmitteln ist der Tabak ohne Zweifel am meisten zu einer Kriegsteuer geeignet. Auch die Tabakindustrie hat, wie ich willig zugebe, mit Schwierigkeiten während des Krieges zu kämpfen. Aber alles in allem geht es ihr doch in der Kriegszeit wesentlich besser, als allen anderen Gruppen. Der Verbrauch an Tabak und Tabakerzeugnissen ist trotz des Krieges erheblich gestiegen. Die Tabaksteuer und namentlich die Paarektensteuer haben während des Krieges im Gegensatz zu allen anderen Steuern höhere Erträge gebracht. Sie können also an Tragfähigkeit für weitere Belastungen anderen Verbrauchsgegenständen gegenüber als überlegen gelten. Sicher ist auch, daß die Lage der Arbeiter auf dem Tabakmarkt augenblicklich so ist, daß die Schwierigkeiten der Uebergangszeit jetzt nicht in dem Maße hervortreten werden wie zu jeder anderen Zeit. Der Tabak kann selbstverständlich nur einen

Bruchteil der halben Milliarde aufbringen, darum sind weitere Steuern notwendig. Da sind zunächst vor allem die Steuern auf den Verkehr. Theoretisch kann man jede Belastung des Verkehrs abfällig beurteilen. Aber bei dem Verkehr, der in Betracht kommt, handelt es sich nur um bescheidene Zuschläge. Ich kann Ihnen heute die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Kriegskosten für Januar und Februar hinter dem Betrage von 2 Milliarden zurückgeblieben sind (Hört, hört) und daß die Ausgaben der ersten Märzhälfte hoffen lassen, daß wir auch im März diese 2 Milliarden nicht erreichen oder wenigstens nicht überschreiten werden. (Beifall.) Englands Kriegskosten sind jetzt, absolut genommen, 50 Prozent höher als die unsrigen. Unsere Kriegskosten waren in den Monaten August bis Dezember 1914 bloß um ein Drittel höher als in England. Damals standen wir an erster Stelle, heute braucht England 50 Prozent mehr als wir. Frankreich und Rußland haben uns erreicht. Die täglichen Kriegskosten unserer Gegner belaufen sich auf 240 Millionen, die täglichen Kriegskosten von uns und unseren Bundesgenossen auf 110 Millionen Mark. Meine Herren, draußen vor Verdun dröhnen die Kanonen aus feindlichen Feuerklüften Tag und Nacht, unsere braven Truppen aber drängen in zäher Anstrengung den Feind von Stellung zu Stellung. Sie wissen, daß der Sieg uns gehört, uns gehören muß. (Lang anhaltender Beifall und Handklatschen.) Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Mittwoch den 22. März 1 Uhr.

Deutsches Reich

— Eine Erklärung über die Lage. München, 16. März. Die „Korrespondenz Hoffmann“ meldet: Gestern nachmittag fand im Reichskanzlerpalais unter dem Vorsitz des Staatsministers des Inneren Dr. Grafen von Hertling eine Sitzung des Bundesrats-Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten statt. Der Reichskanzler gab dem Ausschusse eine eingehende Darstellung der gesamten Lage wie sie sich im gegenwärtigen Zeitpunkte des Weltkrieges für uns ergibt. Die zuversichtlichen und von dem unerlöschlichen Willen zum Durchhalten bis zu einem siegreichen Ende getragenen Ausführungen des Reichskanzlers beschäftigten sich mit allen wichtigen schwebenden Fragen. Die vom Kanzler vertretene Politik fand die ungeteilte und vertrauensvolle Zustimmung sämtlicher Mitglieder des Auswärtigen-Ausschusses.

— Die Nachricht vom Rücktritt des Großadmirals v. Tirpitz hat im ganzen deutschen Volke Aufsehen und Bedauern hervorgerufen. Wir haben kein Blatt gefunden, das anderer Ansicht wäre. Nur einige Blätter konservativer Richtung wie „Kreuzzeitung“, „Tägliche Rundschau“ und „Reichsbote“ bringen die Nachricht ohne jede Bemerkung, während die „Deutsche Tageszeitung“ sich nicht in der Stimmung fühlt, den Rücktritt gebührend zu würdigen. Vor wenigen Tagen wukten offiziöse Biros von einer Erkrankung des Großadmirals zu berichten, aber niemand glaubte, daß die Krankheit einen solchen Ausgang nehmen würde. Es ist ganz selbstverständlich und kein Mensch hat darüber einen Zweifel, daß die „Erkrankung“ einen anderen Grund hat und der Abschied eine Unterlage besitzt, die in späteren Jahren vielleicht einmal aufgeklärt wird. Einstweilen müssen wir uns mit der Tatsache begnügen und die Mitteilungen der „Wissenden“ in das Reich der Fabel verweisen. Eins scheint aber feststehen. Die U-Bootfrage hat keine einheitliche Lösung gefunden. Die Gerichte über eine Nachgiebigkeit der deutschen Regierung nahmen einen solchen Umfang an, daß antlich die Haltlosigkeit erklärt werden mußte. Schon das preussische Abgeordnetenhaus fühlte sich im vergangenen Monat berufen, der Regierung den Rachen zu steifen und erst am Mittwoch hat es seine Ansicht, wie wir an anderer Stelle berichtet, bestätigt. Ob diese oder eine andere Frage mit dem Rücktritt des unfer Marinewefen hochverdienten Mannes zusammenhängt, läßt sich naturgemäß nicht entscheiden. Jedenfalls darf aber festgesetzt werden, daß v. Tirpitz ein eiserner Charakter war, der von einem einmal gefassten Plane nicht abging und der rücksichtslos sein Ziel verfolgte. Seine geniale Veranlagung und sein weiter Blick ließen unfer Marinewefen sich in der glänzendsten Weise entwickeln und unsere Seemacht so befestigen, daß sie in der Lage war, in diesem Völkerringen eine gewaltige Rolle zu spielen. Dem eisernen Willen des Großadmirals verdanken wir den großzügigen Ausbau unserer Flotte und die bedeutenden Erfolge in den letzten zwei Jahren. Daher ist der Rücktritt gerade jetzt sehr zu bedauern. In einer Zeit, in der man große und starke Männer braucht, muß sich immer ein Weg finden lassen, um Meinungsverschiedenheiten auszugleichen und um alles zusammenzubalten, was uns den Weg zum Sieg denken kann. Wie dem auch sei, Tirpitz' Geist ist mit der deutschen Flotte verbunden, er wird ihr wohl den Sieg bringen.

— Das preussische Abgeordnetenhaus hat in diesen Tagen zweimal die Augen der Politiker auf sich gezogen. Der erste Fall bildet den vorläufigen Abschluß einer schon seit einem Monat spielenden Angelegenheit. Bekanntlich hat der Haushaltsausschuß am 10. Februar folgenden Beschluß gefaßt:

„Den Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu ersuchen, dem Heren Ministerpräsidenten von folgender Auffassung der Kommission Mitteilung zu machen: Die Kommission würde es im Interesse des Landes für schädlich erachten, wenn sich aus der Stellungnahme der Reichsleitung gegenüber Amerika die Konsequenz einer Einschränkung in unferer Freiheit, einen uneingeschränkten und dadurch voll wirksamen Unterseebootkrieg zum geeigneten Zeitpunkt gegenüber England aufzunehmen, ergäbe.“

Am 12. Februar erschien daraufhin in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ eine Kundmachung des Reichskanzlers, worin er den Einzelstaaten befricht, daß sie das Recht hätten, auf Fragen der auswärtigen Politik einzuwirken. Die parlamentarische Behandlung dieser Fragen gehört vor das

Forum des Abgeordneten...
Belegenheit...
Saufes zu...
beit in den...
netenhauses...
geordnete...
„Das...“
Präsidenten...
tretenen...
fest, der...
gen seine...
Stellung...
Fragen zu...
Dieser...
Schrittler...
Plenum...
überwiegen...
hält also...
mente der...
über aus...
Kaufkraft...
wohl oder...
Mitglieder...
sind, wird...
erteilt...
halten, do...
auswärtig...
Bemerkun...
U-Bootkan...
Mehrheit...
Rückficht...
solcher...
Ration...
Reichst...
Bootkrieg...
fallen, er...
man an d...
regierung...
möge. W...
kredit...
Abgeordn...
Rede geb...
Entwurf...
des Kauf...
meist im...
nicht ern...
— C...
langer...
bringung...
deutschen...
Schwe...
gefunden...
anger...
hochberz...
Krieges...
in der...
Die de...
grundf...
(darunt...
sprechen...
ständig...
wegen...
Einer v...
Verständ...
französi...